

auch die Bezüge zur sozialen Bewegung der siebziger Jahre. „Hacker haben heute so viel Macht wie nie und eine große Verantwortung“, sagte er. Sie müssten ihre Ziele besser erklären, sonst könnten Anonymous & Co. das Gegenteil von dem erreichen, was sie propagieren: mehr Regulierung im Netz als Antwort der Staaten auf die ständigen Attacken.

Tatsächlich gibt es keine Anzeichen, dass der Anonymous-Aktionismus nach der jüngsten Verhaftungswelle nachlassen würde – im Gegenteil. Er radikalisiert sich. Und er wirft immer mehr Prinzipien über Bord.

So entpuppt sich die angeblich hierarchiefreie, autoritätsfeindliche Bewegung mehr und mehr als gesteuerte Gruppe. Ein Hacker mit dem Pseudonym „anonymouSabu“ zum Beispiel scheint eine anerkannte Führungsfigur im globalen Aktionismus-Franchise-Unternehmen zu sein, auch bei LulzSec spielte er eine maßgebliche Rolle. Das zumindest legen Chat-Mitschnitte nahe, die aus einem Kanal namens „#HQ“ aufgetaucht sind, offenbar einem virtuellen „Hauptquartier“.

Betreten darf man den exklusiven Club nur auf Einladung. Sabu führt dort das Wort, kanzelt Mitstreiter ab und warnt vor allzu eindeutigen Online-Absprachen, um den Behörden keine Vorlagen für eine mögliche Anklage wegen „Verschwörung“ zu liefern; auch Topiary war in dem Kanal vertreten.

Vorige Woche machte eine angebliche „Operation Facebook“ international Schlagzeilen, am 5. November, so hieß es, werde Anonymous das soziale Netzwerk lahmlegen. Sabu erklärte die Aktion prompt zur Fälschung.

„Der Krieg gegen das System“ sei eröffnet, heißt es in einem Video, das zurzeit im Netz unter dem Titel „Der Plan“ kursiert. Unterlegt von dramatischer Musik, spricht eine computergenerierte Stimme von einer Kampagne in drei Phasen. Phase zwei startete im November. Nach dem Motto: „Wir sind Anonymous. Wir sind viele. Wir vergeben nicht. Wir vergessen nicht. Rechnet mit uns.“

Die amerikanischen Sicherheitsbehörden nehmen diese Drohungen ernst. Sie rechnen mit weiteren Angriffen. Auch sie haben einen Plan, der schon einmal aufging, als viele 68er auf den langen Gang durch die Institutionen gelockt wurden.

Die US-Ermittler wollen die gefährlichsten ihrer Gegner zu Mitstreitern machen. Der Geheimdienst NSA ist derzeit häufig auf Hackerkonferenzen anzutreffen, zuletzt auf der „Def Con“-Tagung in Las Vegas Anfang August. Sie warben für den Seitenwechsel – bis Ende September wollen sie 1500 Computerspezialisten einstellen.

MARCEL ROSENBACH,
HILMAR SCHMUNDT



Bau der Berliner Mauer 1961, Botschafter Smirnow, Kanzler Adenauer in Bonn 1962: Lauwarmer

MAUERBAU

„Sehr ernste Risiken“

Geheimdokumente belegen: Schon vor der Grenzschließung 1961 war deutlich, dass der Westen stillhalten würde. Kanzler Adenauer wollte sogar West-Berlin gegen Teile der DDR tauschen.

Wenn es gegen die „Soffjets“ und ihren Verbündeten, die DDR, ging, pflegte der Rheinländer Konrad Adenauer eine klare Sprache. Die östliche Supermacht sei der „Todfeind“, schimpfte der Kanzler dann, Kreml-Chef Nikita Chruschtschow ein „brutaler Kämpfer“ und der SED-Staat ein „Konzentrationslager“.

Andrej Smirnow, Moskaus Botschafter in Bonn, konnte sich also auf einiges gefasst machen, als er am 16. August 1961 im Kanzleramt im Palais Schaumburg eintraf.

Drei Tage zuvor hatten DDR-Volkspolizisten und SED-Betriebskampfgruppen mit Stacheldraht die Grenze zwischen Berlin Ost und West abgeriegelt; Betonblöcke lagen bereit, um eine Mauer zu errichten. Millionen Ostdeutsche waren eingesperrt im selbsternannten Arbeiter- und Bauern-Staat.

Doch der elegante und großgewachsene Smirnow traf auf einen friedlich gesinnten Kanzler. Er wisse Chruschtschows Klugheit und Weitsicht „wohl zu schätzen“, säuselte Adenauer und äußerte den „dringenden Wunsch“, mit der Sowjetunion in Freundschaft zu leben.

Der Katholik Adenauer hatte das protestantische Preußen nie gemocht. Als Kölner Oberbürgermeister zog er in den zwanziger Jahren bei Reisen nach Berlin die Vorhänge des Zugabteils zu, wenn er die Elbe überquerte. Ihm grauste vor der „asiatischen Steppe“ jenseits des Flusses.

Nun also hatte die DDR die Berliner Sektorengrenze geschlossen, und der Kanzler wiegelte gegenüber dem sowjetischen Botschafter ab. Für ihn sei das „eine lästige und unangenehme Sache“, die über „das Nötige hinaus“ hochgespielt worden sei. Er habe die Ostdeutschen „nicht eingeladen, nach Westdeutschland überzusiedeln“ und wünsche vielmehr, dass „sie drüben“ blieben.

Kein Protest gegen den Mauerbau, keine Forderung nach Öffnung der Grenze oder auch nur Verhandlungen darüber. Wäre das bekannt geworden, hätte der Kanzler die anstehenden Bundestagswahlen gegen den SPD-Kandidaten und West-Berliner Regierenden Bürgermeister Willy Brandt wohl verloren.

Der Vermerk über den lauwarmen Auftritt des 85-jährigen Regierungschefs ist bislang nur in Auszügen bekannt. Er gehört zu einem Fundus von Dokumenten



Auftritt im Kanzleramt

der höchsten Geheimhaltungsstufe, die jetzt von der Bundesregierung freigegeben wurden, teilweise auf Antrag des SPIEGEL: Gesprächsvermerke des Kanzlers, Unterlagen aus dem Auswärtigen Amt, Akten aus dem Kanzleramt.

Sie zeigen den kühlen Blick des Kanzlers und seiner Mitarbeiter auf den Mauerbau. Und sie zeugen von der Machtlosigkeit der Bundesregierung, die schon vor dem 13. August alle Optionen erwo – und feststellen musste, dass sie mit leeren Händen dastand.

Seit 1958 hatte Chruschtschow darauf gedrängt, den Status von Berlin zu verändern. Täglich verließen Hunderte die DDR über den Westteil der Stadt, der ostdeutsche Verbündete drohte auszubluten. Chruschtschow war zunächst kein Freund des Mauerbaus. Der Kreml-Diktator wollte lieber die Zugangswege von der Bundesrepublik nach West-Berlin unter seine Kontrolle bringen. Dann wären die ostdeutschen Flüchtlinge dort gefangen.

Daher nahm die Bonner Planung nur am Rande die Möglichkeit eines Absperrens der Sektorengrenze in den Blick. Ein DDR-Überläufer hatte 1958 berichtet, es gebe die Idee, eine Mauer zu bauen. Im September 1960 meldete die Dienststelle des Auswärtigen Amts in West-Berlin, die DDR habe Volkspolizisten von der Grenze zu Polen abgezogen, um „schlagartig die offene Sektorengrenze in eine geschlossene Staatsgrenze“ umzuwandeln.

Als Wilhelm Grewe, Bonner Botschafter in Washington, im Sommer 1961 bei den Amerikanern sondierte, welche Interessen der Westen verteidigen werde, fand sich auf seiner Liste der Punkt „freier Verkehr innerhalb Gesamtberlins“. Doch wie Grewe am 4. Juli 1961 im Auswärtigen Amt in Bonn berichtete, fiel die amerikanische Reaktion „geteilt“ aus.

Die Bundesregierung hatte im besetzten Berlin „keine Rechte“ (Adenauer), und die Verbündeten fürchteten einen Krieg. Auf einer Sondersitzung des Nato-Rats am 8. August erklärte der Vertreter Norwegens offen, alle Mitglieder des Bündnisses würden „sehr ernste Risiken“ für West-Berlin eingehen – aber nicht für „andere nicht ebenso lebenswichtige Punkte“. Und zu letzteren zählte die Freizügigkeit der Ostdeutschen, wie US-Außenminister Dean Rusk nach dem Mauerbau gegenüber einem deutschen Diplomaten deutlich machte. Selbst für scharfe Wirtschaftssanktionen

gegen den Ostblock waren die Verbündeten nicht zu haben. Der britische Botschafter in Bonn sagte später zu Adenauer, in der Nato hätte „niemand mitgemacht“, wenn Bonn so etwas vorgeschlagen hätte.

Adenauer hegte keine Illusionen. Am 6. Oktober 1961 vertraute er einem US-Diplomaten an, „jedem Politiker sei klar, dass eine Wiedervereinigung in einer absehbaren Zeit nicht möglich“ sei.

■ Weitestes Vordringen der Westalliierten bis **8. Mai 1945**
 ■ Grenze zwischen den Westzonen und der Ostzone ab **1. Juli 1945**



Wie aus den freigegebenen Papieren hervorgeht, verfolgte der Kanzler eine andere Idee. Die USA sollten den Sowjets in Geheimverhandlungen einen Tausch anbieten: West-Berlin gegen Thüringen sowie Teile Sachsens und Mecklenburgs. Zum ersten Mal unterbreitete er diesen Vorschlag einige Tage vor dem Mauerbau US-Außenminister Rusk.

Schwerin und Leipzig wären dann schon in den sechziger Jahren zur Bundesrepublik gekommen und nicht erst 1990.

Der Kanzler verwies auf die Lage bei Kriegsende. Britische und amerikanische Einheiten waren damals bis über die Elbe vorgestoßen und damit in Gebiete, die nach alliierten Vereinbarungen zur sowjetischen Besatzungszone gehörten, die Sowjets hingegen hatten ganz Berlin erobert, auch die späteren West-Sektoren. Und so tauschten die damals noch Verbündeten ihre Eroberungen. Teile Ostdeutschlands gegen den Westen Berlins.

Adenauer schlug nun vor, beide Schritte rückgängig zu machen. Rusk sollte von Chruschtschow verlangen, die einst vom Westen geräumten Gebiete „wieder auszurücken“, wenn er „die alliierten Rechte in Berlin eliminieren“ wolle.

In den Monaten nach dem 13. August verfolgte der Kanzler das Projekt weiter und sprach auch US-Präsident John F. Kennedy darauf an.

Vermutlich stammte der Plan von Adenauers wichtigstem außenpolitischem Berater Horst Osterheld, einem 41-jährigen Diplomaten aus Ludwigshafen. Der Leiter der außenpolitischen Abteilung im Kanzleramt wollte die Amerikaner „an offensives Denken“ gewöhnen und die Sowjets „unruhiger machen“, indem er „ihren Besitzstand“ in Frage stellte.

Weder Osterheld noch der Kanzler glaubten, dass Chruschtschow darauf eingehen würde. In der Tat hätte die schwachbrüstige DDR ihre mitteldeutschen Industriegebiete verloren. Aber sollten die Sowjets wider Erwarten doch annehmen, „wäre es für uns ein vorteilhafter Tausch“, notierte Osterheld am 24. April 1962.

Die US-Administration nahm die Idee durchaus ernst. Man müsse die West-Berliner dann in die Bundesrepublik umsiedeln, schrieb ein Staatssekretär an Kennedy. Es sei durchaus denkbar, dass die Sowjetunion einer solchen „langfristigen Lösung“ zustimme. Vor einer Probe aufs Exempel schreckte der Präsident allerdings am Ende zurück.

Und so blieben alle, wo sie waren: die West-Berliner freiwillig in ihrer Stadt, Thüringer, Mecklenburger und Sachsen erzwungenermaßen in der DDR.

Und Adenauer musste als westdeutscher Kanzler weiterhin in das ungeliebte Berlin reisen.

KLAUS WIEGREFF